

Entschließung

betreffend Verstärkung und Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Europa, Integration und Familie, der Bundesminister für Bildung und die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert,

1. die psychische Gesundheit und Prävention an Schulen durch mehr Planstellen und verbesserte Rahmenbedingungen für das psychosoziale Unterstützungspersonal deutlich zu stärken,
2. sicherzustellen, dass telefonische- und Chatangebote zum niederschwelligen psychologischen Support von Kindern und Jugendlichen gestärkt sowie mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet und budgetär langfristig abgesichert werden,
3. Angebote der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere auch durch die verbandlichen Jugendorganisationen, sicherzustellen und weiter zu stärken,
4. einen runden Tisch einzuberufen und damit einen Prozess unter Einbeziehung der Länder, der ARGE Kinder- und Jugendhilfe sowie Stakeholdern der Zivilgesellschaft zu starten, um die Möglichkeiten der größtmöglichen Harmonisierung, Transparenz und Weiterentwicklung von Standards in der Kinder- und Jugendhilfe unter Berücksichtigung einer einheitlichen Kindeswohldefinition zu prüfen sowie
5. die ressortübergreifende Gewaltprävention in Österreich systematisch zu stärken und weiterzuentwickeln. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Evaluierung und die Weiterentwicklung bestehender Angebote der psychosozialen Beratung in belastenden Lebenssituationen gelegt werden.